

Sie können die QR Codes nützen um später wieder auf die neuste Version eines Gesetzestexts zu gelangen.

# RS Vwgh 2005/12/20 2002/12/0203

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 20.12.2005

## Index

001 Verwaltungsrecht allgemein  
10/01 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)  
10/07 Verwaltungsgerichtshof  
63/05 Reisegebührenvorschrift

## Norm

B-VG Art20 Abs1;  
RGV 1955 §1 Abs1 idF 1979/136;  
RGV 1955 §1 Abs2;  
RGV 1955 §25 Abs2 idF 1990/447;  
RGV 1955 §4 Z1;  
RGV 1955 §6 Abs1 idF 1989/244;  
RGV 1955 §6 Abs4;  
RGV 1955 §9;  
VwGG §41 Abs1;  
VwGG §42 Abs2 Z1;  
VwRallg;

## Rechtssatz

Kann weder hinsichtlich der Einzelbewilligung der Dienstreise noch - mangels unbedenklicher diesbezüglicher Feststellungen - hinsichtlich einer generellen Regelung (in Erlassform) zu Grunde gelegt werden, dass dem Beamten eine bestimmte Art der Buchung (hier eines Flugtickets) dienstrechtlich vorgeschrieben war, so gebührte dem Beamten im Lichte des hg. Erkenntnisses vom 13. Juni 1988, Zl. 87/12/0071, der von ihm geltend gemachte Betrag nur dann nicht, wenn er von der Flugpreismäßigung im Falle einer bestimmten Art der Buchung durch die Buchhaltung des betreffenden Bundesministeriums selbst gewusst hätte.

## Schlagworte

Beschwerdepunkt Beschwerdebegehren Erlässe Verwaltungsrecht allgemein Rechtsquellen VwRallg1 Besondere Rechtsgebiete

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2005:2002120203.X02

## Im RIS seit

25.01.2006

## Zuletzt aktualisiert am

07.10.2008

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2024 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)